UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

HG
B7395n

Die

nächste Zukunft der deutschen Nation

in

politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Erörterungen

aus Anlaß der neuen Handelsverträge

von

Borussen, (pseud.)

Verfassern der Schriften: „Was für einen Kurs haben wir?“ und „Ablehnen oder Annehmen?“.

„Die Wahrheit ist Eine, auch in der Politik.“
v. Berg. Lothar Bucher. Karl Rodbertus.

„In Fragen der Politik leistet kein Mann, sondern nur der Lakai bedingungslose Heerfolge.“
P. de Lagarde.

Gotha.
Verlag von Karl Schwalbe.
1892.

3735-3
26/2/96.

Alle Rechte vorbehalten.

Unsere Mahnung an den deutschen Reichstag, die Entscheidung über Ablehnen oder Annehmen der neuen Handelsverträge nicht in der Übereilung und nicht aus falschen Rücksichten zu treffen, ist vergeblich gewesen. Wie uns der Gang der Verhandlungen — soweit die Besprechung der Handelsverträge im Reichstag diesen Namen verdient — überzeugt hat, würde unsere eingehend begründete Warnung auch dann keinen andern Erfolg gehabt haben, wenn sich die von der Regierung beeinflußte Presse nicht dazu hergegeben hätte, dieselbe tot zu schweigen oder tot zu lügen. Unsere Mahnung ist trotzdem in allen Schichten des deutschen Volkes bekannt und gewürdigt worden. Wenn wir jetzt uns der Aufgabe unterwerfen, die Folgen aus dem Geschehenen zu ziehen, so sind wir gewärtig, von den Anhängern der jetzigen Regierung und deren Verteidigern in der Presse wiederum der zwecklosen Aufregung unseres Volkes beschuldigt zu werden. Diese Leute,

welche nach dem Grundsatz handeln, daß man bei Nebel am sichersten über den Abgrund wandle, mögen ihre Meinung behalten. Sie werden auch nie eingestehen, daß die verwerflichste Art der Fälschung eines Autors darin liegt, Behauptungen desselben, welche die Schlußfolgerungen einer langen Beweisreihe sind, als unbewiesene Irrmeinungen desselben hinzustellen, aus denen er Schlüsse ziehe. Proudhon hat sein Leben lang gegen solche Fälschung gekämpft, ohne sie zum Widerruf bringen zu können. Was einem so scharfen und glänzenden Dialektiker mißlang, das lassen wir unversucht. Wir wollen, um es gleich hier zu sagen, durch die nachstehenden Erörterungen unser auf schwere Probe gestelltes Volk beruhigen und stärken. Wir glauben aber nicht, daß sich das Ziel erreichen lasse, indem man ihm seine wahre Lage verschleiert und es veranlaßt, ins blaue hinein zu hoffen, sondern indem man ihm die Dinge zeigt, wie sie sind, und Mittel, sich mit ihnen abzufinden.

In der Neujahrsnacht von 1891 auf 1892.

Borussen.

I.

Am 18. Dezember 1891 sind von einer 243 Stimmen starken Mehrheit des deutschen Reichstags die neuen Handels- und Tarifverträge gegen 36 konservative, 2 freikonservative, 5 nationalliberale und 5 konservativ-antisemitische, im ganzen also gegen 48 ablehnende Stimmen dem deutschen Volke auferlegt worden. Nach den Worten des deutschen Kaisers ist mit diesen Verträgen eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse eingetreten. Daß dies in der That der Fall ist, davon kann niemand tiefer durchdrungen sein, als wir, die wir — wie sich gezeigt hat — vor Monaten über den wesentlichen Inhalt der Verträge unterrichtet waren und auf Grund dieser unserer Kenntnis den deutschen Reichstag aufs dringendste warnten, den Verträgen zuzustimmen, ohne sie auf ihren wirtschaftlichen Inhalt genau geprüft und den betroffenen wirtschaftlichen Kreisen Gelegenheit geboten zu haben, sich über die Wirkungen derselben zu äußern. Die Mehrheit des Reichstags war anderer Meinung, und die der jetzigen Reichsregierung

zur Verfügung stehende Presse handelte wie die Theaterclaque nach dem Wink des für das arglose Publikum unsichtbaren Anführers: am selben Tage, da die Verträge im Reichstage eingebracht wurden, bevor selbst der in handelspolitischen Dingen erfahrenste Fachmann imstande gewesen wäre, sich ein Urteil über den Inhalt der Verträge zu bilden, erscholl das Stichwort: „Annehmen!"

Daß hinterher die Leute, welche auch noch von einer bedeutsameren Kundschaft, als es die gewiß mächtige und von ihrer Macht den rücksichtslosesten Gebrauch übende Regierung ist, abhangen, dem Verrat des Volkswohls die interessierte Heuchelei des Bedauerns über die Notwendigkeit dieses Verrats — als ob je ein erkannter Verrat des Volkes notwendig wäre! — folgen ließen, ist nur ein untergeordnetes Moment, das die in ihrem Kern von unheilbarem Krebs befallene Sache auch in ihrer Äußerlichkeit widerlich macht, wie das namentlich auch die den Stempel frivoler Mache an der Stirn tragende Eintagshausse that, womit man die neuen Tarifverträge an der Börse einführen ließ.

Um dem alsbald von allen Seiten sich regenden Widerspruch gegen die Beifallsclaque zuvorzukommen, wurde das Spiel auf der Reichstagsbühne mit einer Hast zu Ende geführt, die alle Freunde unseres Volkes, denen das Vaterland höher steht, als jegliche Person innerhalb desselben, mit Trauer und Erbitterung erfüllen mußte. Als wären's Pfifferlinge, warf die Reichstagsmehrheit innerhalb weniger Tage ein nationales Wirtschaftsinteresse um das andere

hinweg und redete demjenigen Opfer, das gerade abgeschlachtet wurde, vor, es leide zum Wohle der anderen. Aber auch die anderen wurden abgeschlachtet, und die Frage, wo denn innerhalb unseres Vaterlandes diejenigen säßen, welche die Vorteile von den gebrachten Opfern hätten, ist bis zur Stunde unbeantwortet geblieben. Die Allgemeinheit, heißt es gewöhnlich, sei es; — aber noch ist es nicht geglückt, einen konkreten Bestandteil dieser abstrakten Allgemeinheit aufzuweisen. Wir werden zeigen, daß diese Allgemeinheit in der That ein Begriff ohne Inhalt ist und daß unser ganzes Volk, als wirtschaftende Einheit aufgefaßt, in Wirklichkeit aufs schwerste geschädigt worden und in seiner Bestandfähigkeit gefährdet ist.

Wir, die vielberufenen schriftstellenden Borussen, sind mit nichten ein agrarisches Konsortium, wie der Herr Reichskanzler glaubte vermuten zu sollen. Die Industrie ist sogar stärker in unserem Kreise vertreten, als der Großgrundbesitz. Der Trost geht leider der Landwirtschaft ab, daß der Tribut, den sie ans Ausland wird zahlen müssen, ihr eine kaufkräftige industrielle Arbeiterschaft sichern werde. Es wird im Gegenteil der Verfall der kaum ins Wiedererstarken gekommenen Landwirtschaft gleichen Schritts erfolgen mit dem Rückgang der Industrie und der Arbeitslöhne. Es ist nicht das Agrariertum, sondern die überwiegende Mehrheit aller produktiven Kreise der deutschen Nation, deren Empfindung bei der Erhebung des Herrn v. Caprivi in den Grafenstand sich in den Worten begriff:

Ave Comes — morituri Te salutant. Diese Grafenschaft wird unserem Volke teuer werden, und mancher deutsche Mann wird im Laufe der Zeiten bitter urteilen, wenn er sie abwägt gegen eine andere Grafenkrone, mit der ein viertel Jahrhundert vorher ein dankbarer König seinen ersten Berater belohnte.

Für uns Lebende aber gilt es zunächst die Bitterkeit zu überwinden und uns ins Geschehene zu finden, indem wir die üblen Folgen der Verträge zeitig ins Auge fassen und nach Möglichkeit abzuschwächen und auszugleichen suchen.

Es wäre feige und nutzlos, wenn wir bei Erörterung der wirtschaftlichen Wirkungen der neuen Verträge der Beurteilung der sich täglich deutlicher zeigenden politischen Folgen der Annahme der Verträge, so wie dieselbe im Reichstage geschehen ist, uns entziehen wollten. Auch in politischer Beziehung bedeutet ja die Annahme der Verträge im Reichstag unverkennbar den Beginn einer neuen Epoche.

II.

Was zwang die Mehrheit des deutschen Reichstags, die Abstimmung vom 17. Dezember 1887 über den zur Zeit noch in Kraft stehenden Zolltarif und vollends die Abstimmung vom 16. Januar 1891 über die Notwendigkeit der bestehenden landwirtschaftlichen Zölle schon am 18. Dezember 1891 zu widerrufen und einem Zolltarif die Zustimmung zu geben, dessen Sätze in jenen früheren Abstimmungen als durchaus unzuträglich für unser Wirtschaftsleben erklärt worden waren? Der gemeine Mann, der dem politischen Geschiebe fern steht, vermag auf diese Frage schlechterdings keine Antwort zu finden. Er sieht nur die Thatsache, daß sich der Reichstag von der Reichsregierung hat behandeln lassen, wie der Brei, der vom Koch je nach Belieben vom Feuer und zum Feuer geschoben wird, in seiner Gesamtheit froh, daß er, ob kalt, ob warm, im Tiegel bleibt, und jeder einzelne Mehlknopf selig, daß auch er zum Brei gehört. Da drängt sich denn naturgemäß dem Reichstagswähler die Frage auf, wozu es

nützlich sei, einen so umständlichen und kostspieligen Brei anzurichten, wenn man es nicht in der Hand habe, zu verhüten, daß derselbe gerade dann kalt sei, wann man ihn warm brauchte. Die durch die neuen Handelsverträge geschädigte große Mehrheit des Volkes erkennt nur zu klar, daß der Reichstag vor der Regierung sich abdiciert hat, daß er es für ein geringeres Übel erachtete, das nationale Wirtschaftsleben zu schädigen und seine eigene noch binnen letzter Jahresfrist feierlich bethätigte Überzeugung hinunterzuschlucken, als es mit der neuen Regierung zu verderben und ein halbes Dutzend Geheimräte, wie sie es verdient hatten, zurechtzustellen.

Wenn man die Reichstagsverhandlungen über die Tarifverträge durchliest, drängt sich neben der gewiß verzeihlichen, aber um der Sache willen tief bedauerlichen dilettantischen Oberflächlichkeit der volkswirtschaftlichen Anschauungen des neuen Reichskanzlers die Wahrnehmung auf, daß aus der Mitte des Reichstags keine einzige Stimme von Gewicht laut geworden ist, welche die Verträge an sich gut gefunden hätte. Die Freihändler tadelten, daß die Tarife überhaupt schutzzöllnerisch, die Schutzzöllner, daß sie im Ausmaß zu niedrig seien. Beide Parteien aber stimmten zu mit der Begründung, es wären noch schlechtere Verträge denkbar, und da nun einmal die Regierung den Reichstag vor die Entscheidung „Ablehnen oder Annehmen?“ gestellt habe, müsse man eben annehmen, da man nicht ablehnen dürfe.

Warum aber durfte man nicht ablehnen?

Der Beantwortung dieser Frage gingen die blinden wie

die feigen Regierungsanhänger im Reichstag wie in der Presse zumeist aus dem Wege und behandelten die Behauptung, welche sie zu beweisen schuldig waren, wie ein Axiom, das von niemand geleugnet werde. Diejenigen aber, welche sich den Schein gaben, als handelten sie bei Annahme der Verträge nicht aus Selbstsucht und auf Befehl, sondern aus Gründen und nach Überzeugung, führten dem deutschen Volke folgende politischen Erwägungen — von den wirtschaftlichen sprechen wir später — vor.

Das politische Bündnis mit Österreich-Ungarn und Italien erfahre eine wertvolle Kräftigung durch die handelspolitischen Verträge. Da der Inhalt dieser Verträge zwischen den politisch verbündeten Reichen fertiggestellt sei und die Billigung der Herrscher wie der Regierungen gefunden habe, so würde eine Ablehnung der vorliegenden Vereinbarung Verstimmung bei unseren politischen Freunden hervorrufen und das Ansehen unserer gegenwärtigen Reichsregierung schädigen. Da aber der jetzige Reichskanzler und die Leute seines Vertrauens augenscheinlich fest in der Gunst des Kaisers säßen, so würde die Ablehnung der Verträge eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen zur Folge haben, deren Aufregung gewaltig und deren Ausgang gänzlich unsicher sein würde. Um also unsere politischen Verbündeten nicht zu verstimmen, die Reichsregierung nicht zu kompromittieren und die Auflösung des Reichstags zu vermeiden, müßten von letzterem diese politischen Rücksichten über die wirtschaftlichen Bedenken gestellt werden.

Es ist leicht nachzuweisen, daß die aus solcher Erwägung geschehene Annahme der Verträge die den angestrebten politischen Wirkungen schnurstracks entgegengesetzten üben muß:

> unsere politischen Bündnisse sind belastet und gefährdet, Deutschlands Stellung innerhalb des Dreibundes ist geschwächt und erschwert; die innerpolitische Lage in Deutschland aber, das Verhältnis zwischen dem Volke, den Parteien, dem Reichstag und der Reichsregierung bis hinauf zu den Bundesfürsten und der Kaiserlichen Gewalt ist überall zum schlechtern verschoben und auf lange Zeit unheilbar vergiftet.

Das deutsch-österreichische Bündnis ist geschlossen worden als ein für den Kriegsfall berechnetes Defensivbündnis, das für den Fall einzutreten hätte, daß einer der vertragschließenden Staaten von einer Macht angegriffen würde, welcher eine dritte Macht Unterstützung liehe. Also wenn Deutschland von Frankreich angegriffen und dieses hierbei von Rußland unterstützt, oder wenn Österreich von Rußland angegriffen und letzteres von Frankreich unterstützt würde, träte der Bündnisfall ein. Dieses Bündnis, das jedem der Vertragschließenden die Verpflichtung auferlegte, möglichenfalls dem Freunde in einem Streite zu helfen, der des Helfenden eigne Interessen gar nicht berührte, konnte nur dann in die Sympathieen der Völker eingehen, wenn es keinerlei Einflußnahme auf die inneren Angelegenheiten der Vertrags-

staaten bedingen wollte. Hätte etwa Deutschland aus dem Vertragsverhältnis das Recht herleiten wollen, eine dem politischen Charakter des Vertrages entsprechende Nationalitätspolitik im österreich-ungarischen Kaiserstaat zu verlangen, so würde bei den nichtdeutschen Nationalitäten — wenn diese deutsche Einfließung dort bekannt geworden wäre — eine Abneigung gegen das Bündnis selber rege geworden sein, die bis zur Auflösung des Bündnisses die wichtigsten Aktionen einer jeden österreichischen und ungarischen Regierung gelähmt hätte. Darum enthielt sich Fürst Bismarck geflissentlich jeder Kundgabe, die als eine Mißbilligung der österreichischen Nationalitätenpolitik hätte gedeutet werden können; darum ging er im Gegenteil weiter als es vielleicht nötig war im Tadel gegen die Opposition der Herbstzeitlosen wider das Kabinett Taaffe. Nicht nur dem geübten Beobachter, sondern den weitesten Kreisen wurde erkennbar, wie gefährlich dem Bestande des Bündnisses zeitweilig der Anschein geworden war, als denke Kaiser Wilhelm II. in diesem Punkte anders als Fürst Bismarck. Ein unabhängiges, auf seine Selbstbestimmung stolzes Volk wird nie eine Einmischung in seine häuslichen Angelegenheiten ertragen, geschehe sie auch in der freundschaftlichsten Absicht. Preußen würde es sich gewiß verbeten haben, wenn Österreich in Rücksicht auf das Bündnis verlangt hätte, es solle von den Verdeutschungsmaßnahmen in Posen und Schlesien absehen. Aus diesem Grunde ist es endlich verständlich, daß Fürst Bismarck bei jedem Anlaß betonte, die Zollpolitik habe mit der Bündnispolitik nichts

zu schaffen. Österreich war Deutschland mit der autonomen Tarifpolitik bekanntlich vorausgegangen — im deutschen Reichstag blieb die gegenteilige Behauptung seltsamer Weise unwidersprochen —; trotzdem aber ist unter der Herrschaft der autonomen Tarifpolitik das deutsch-österreichische Bündnis entstanden und von der beiderseitigen Zollpolitik stets ungeschädigt geblieben. Wenn jetzt behauptet wird, die Zollpolitik müsse der Bündnispolitik „entsprechen", so will damit gesagt sein, der Handelsverkehr müsse thunlichst erleichtert sein. Dem ist mit der Betonung beizustimmen, daß dies Interesse nicht die hohe Politik hat, sondern die Volkswirtschaft. Allein die neuen Verträge bringen nicht die mindeste Verkehrserleichterung gegenüber den bestehenden Zuständen. Sie beseitigen bis auf eine nicht nennenswerte Ausnahme keine einzige Zollposition, sondern verringern nur die Zollsätze. Ob die dadurch entstehende Änderung im Handelsverkehr zugunsten des einen oder des andern Landes geschieht, das allein steht zu beurteilen. Da in den sachkundigen Kreisen Übereinstimmung dahin herrscht, daß die deutsche Nationalwirtschaft die Kosten trägt, so bleibt als einziges politisches Facit die Thatsache bestehen, daß Deutschland für das Bündnis mit Österreich-Ungarn (wie mit Italien) vom 1. Februar 1892 ab einen jährlichen Tribut bezahlt, der darum nicht aufhört ein Tribut zu sein, weil er nicht nach Mark und Pfennig genau ausgerechnet werden kann. Die Wahrheit bleibt Wahrheit, einerlei, ob sie gerade herausgesagt wird, wie wir es thun, oder durch die Blume des Ausdrucks, man müsse den Ver-

trägen zustimmen mit Rücksicht auf die innigen politischen Beziehungen der beiden Länder. Die Freude des deutschen Volkes an seinen politischen Bündnissen wird in demselben Maße schwinden, in welchem die wirtschaftlichen Schädigungen empfunden werden, die aus diesen Bündnissen herrühren und von übel beratenen Freunden der Regierung aus ihnen entschuldigt werden.

Wenn es aber wahr ist, was nicht bestritten wird, daß von den neuen Handelsverträgen zwischen den Dreibundmächten, deren Annahme im politischen Interesse angeblich geboten war, zwei Mächte, Österreich-Ungarn und Italien, ungeheure wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem jetzigen Zustande erlangen, während allein der dritte Staat, nämlich Deutschland, auf allen wirtschaftlichen Gebieten schwer geschädigt wird, so liegt in dieser Thatsache das Bekenntnis, daß der genannte dritte Staat es sei, der am politischen Bündnisse das stärkste Interesse habe, also daß Deutschland eine zwingendere Nötigung aufliege, den Dreibund fortzuerhalten, als den beiden übrigen Verbündeten. Vor zwei Jahren würde man nirgends in der Welt diese Behauptung gewagt haben. Wenn heute das amtliche Deutschland selber ihr eine starke Unterlage in den zu seinem wirtschaftlichen Nachteil geschlossenen Tarifverträgen geschaffen hat, so muß die weltpolitische Lage Deutschlands gegen damals sich verschlechtert haben, denn die militärische ist gleich gut geblieben. Millionen von Deutschen aber bereitet es tiefen patriotischen Schmerz, sich sagen lassen zu müssen, in wenig Jahren sei unsere politische Stellung so

tief heruntergewirtschaftet worden, daß wir zwanzig Jahre nach dem französischen Kriege und zwölf Jahre nach dem Berliner Kongreß nicht nur nicht mehr in der Welt, sondern nicht einmal mehr in Mitteleuropa die erste Stimme spielen. Die „Neue Freie Presse" in Wien hat uns das in ihrem Morgenblatt vom 21. November 1891 in wenig verbindlicher Form zur Beherzigung gestellt, indem sie schrieb: „Bismarck, auf dessen Schultern der Friede zu ruhen schien, ist beiseite geschoben, sein Wort verscheucht nicht mehr die Sorgen, welche Europa beunruhigen. Der älteste und bewährteste Repräsentant der Dreibundspolitik ist jetzt Graf Kalnoky, denn die leitenden Staatsmänner in Berlin und Rom sind erst seit anderthalb Jahren an die Stelle ihrer größeren Vorgänger getreten. Aus dem Eindrucke, welchen das jüngste Exposé des Grafen Kalnoky in Europa hervorbrachte, konnte man ersehen, daß Graf Kalnoky die Erbschaft des Fürsten Bismarck übernommen hat, daß auf ihn die Autorität des diplomatischen Vertrauensmannes übergegangen ist, und daß die Stellung Österreich-Ungarns heute hoch hinausragt über die Position, welche es besaß, bevor Graf Kalnoky als leitender Minister in das Haus am Ballplatze einzog."

Das Verletzende dieser Äußerung wird für uns Deutsche dadurch nicht vermindert, daß um dieselbe Zeit das von der österreichischen Regierung subventionierte und zensurierte Blatt „Die Presse" den Fürsten Bismarck, weil er einige Irrtümer in den Memoiren des Feldmarschalls Moltke

nicht unwidersprochen gelassen hatte, expressis verbis ein altes Weib schimpfte.

Neben der Rücksichtnahme auf die Kräftigung und Sicherung des Dreibundes wurden von den Befürwortern der neuen Verträge die politischen Rücksichten ins Feld geführt, welche man auf die eigenen Regierungen nehmen müsse, welche unter Billigung des Kaisers und der Bundesfürsten die neuen Vereinbarungen abgeschlossen hätten.

Um zu erkennen nicht nur wie nichtig, sondern wie falsch und verderblich diese Verteidigung der Verträge und der denselben zustimmenden Reichstagsmehrheit ist, muß man die Frage untersuchen, was denn geschehen wäre, wenn der Reichstag am 18. Dezember 1891 die Verträge, statt sie anzunehmen, vielmehr abgelehnt hätte.

Die Antwort auf diese Frage ist nicht zweifelhaft. Bei der starken Stellung, welche die augenblicklichen obersten Machthaber einnehmen, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß im Falle der Ablehnung der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben worden wären. Dieser Ausgang der Sache nun wäre nicht nur nicht zu beklagen, sondern der einzig richtige, ja der einzig mögliche gewesen, weil der einzige, der keine nachhaltigen schlimmen Wirkungen für die sämtlichen politischen Gewalten in unserem Vaterlande nach sich gezogen hätte.

Ergaben die Neuwahlen zum Reichstag, daß die wirtschaftende Mehrheit der Nation den Verträgen zustimmte, so war hinlänglich Zeit, diese Verträge vor dem 1. Februar 1892 unter Dach zu bringen. Dann waren aber Fürsten

und Reichstag vor dem Vorwurf geschützt, etwas dem deutschen Volke auferlegt zu haben, das es selber nicht gewollt und wovor es nach der Haltung des jetzigen Reichstags im Januar 1891 geglaubt hatte für immer bewahrt zu sein. Dann hatte das deutsche Volk eben zu tragen, was es selber gewollt hatte. Stellte sich dagegen heraus, daß die Verträge unserem Wirtschaftsleben Lasten auferlegen würden, die es nicht glaubte ertragen zu können, fielen, mit anderen Worten, die Neuwahlen zu ungunsten der vorgeschlagenen Verträge aus, so blieb es einstweilen beim Bestehenden so lange, bis neue Vereinbarungen zustande gekommen wären, welche die Billigung des neuen Reichstags gefunden hätten. Der bestehende Meistbegünstigungsvertrag mit den beiderseits bestehenden Tarifen wäre einfach um ein Jahr verlängert worden, wie es in ähnlichen Fällen stets ausschlägt, wie es in nächster Zeit gegenüber Spanien geschehen wird und so gut wie selbstverständlich ist. Man muß es mit eigenen Augen gelesen haben, um es für möglich zu halten, daß selbst in der „Kölnischen Zeitung" mit lehrhaftem und eindringlichem Ernst der Reichstag vor Ablehnung der Verträge gewarnt wurde, weil im Falle der Ablehnung unser Wirtschaftsleben „handelspolitisch vor dem Nichts stehen würde", maßen am 1. Februar 1892 ein völlig vertragloser Zustand einträte. Solche Kindereien zu widerlegen, ist völlig müßig; aber daß sie ernsthaft vorgetragen werden konnten, beweist, was man auf diesem Gebiete dem Publikum und dem Reichstag ungestraft bieten darf. Es hieße Österreich im Pochen auf seine politische

Präponderanz einen zur Frivolität gesteigerten Übermut Deutschland gegenüber zutrauen, wollte man annehmen, es hätte seinem Bundesgenossen die Verlängerung des bestehenden handelspolitischen Verhältnisses bis 1. Februar 1893 verweigert. Angenommen aber, es wäre in seinem Übermut so weit gegangen, so würden dann immer noch die beiderseitigen handelspolitischen Beziehungen keineswegs vor jenem Nichts gestanden haben, mit welchem die „Kölnische Zeitung" ihren Freunden im Reichstage das Gruseln beibrachte, sie würden vielmehr genau dieselben geblieben sein, welche sie zur Stunde sind, und zwar so lange, als nicht auf gesetzmäßigem Wege der deutsche und drüben der österreichisch-ungarische Zolltarif abgeändert würden. Zwischen der Einbringung einer solchen Vorlage aber auf Abänderung der bestehenden Zolltarife in den beiderseitigen Parlamenten und der Beschreitung der Gesetzeskraft dieser Vorlagen würde zuverlässig ein größerer Zeitraum gelegen haben, binnen welchem sich die wirtschaftlichen Interessen auf die neuen Verhältnisse hätten einrichten können, als zwischen Bekanntwerden und Wirksamwerden der neuen im deutschen Reichstage überstürzten Tarifverträge zu liegen kommt.

Nun aber, da derselbe Reichstag, der im Januar sich mit Zweidrittelmehrheit für die Notwendigkeit der bestehenden landwirtschaftlichen Zölle unter dem Beifall der regierungsfreundlichen Presse — auch hier in erster Linie der „Kölnischen Zeitung" — ausgesprochen und so das Land über die vielfach aufgetauchten Besorgnisse nach dieser Richtung beruhigt hatte, im Dezember desselben Jahres

unter dem Beifall derselben Presse, sein früheres Votum verschluckte und die Zölle bis aufs Maß der Wirkungslosigkeit herabsetzte, sehen wir sofort die politischen Folgen solcher Haltlosigkeit eintreten. Das Land ist in weiten Schichten empört über diese kurze Nachrichterarbeit, die der Reichstag an seinen wirtschaftlichen Lebensinteressen vornahm, und dieselben Leute, die zu Anfang Dezember die Verträge gebilligt und zu Mitte Dezember bewilligt haben, predigen jetzt, um sich vor ihrer Wählerschaft und politischen wie geschäftlichen Kundschaft möglich zu erhalten, in allen Tonarten die verhängnisvollen Wirkungen der neuen Verträge, die ihnen von der Regierung und der leidigen innerpolitischen Lage abgerungen worden seien. Diesmal aber läßt sich das Volk über die wirklichen Verhältnisse, welche zur Annahme der Verträge geführt haben, nicht täuschen. Es erkennt, daß die vorgetragenen Erwägungen nichts anderes sind, als der Mantel, hinter welchem politische wie persönliche Selbstsucht sich und andere über ihren Charakter zu täuschen sucht, und faßt sein Urteil dahin zusammen, daß die Reichstagsmehrheit ihr Votum vom 16. Januar 1891 nur darum am 18. Dezember 1891 widerrufen habe, weil Kaiser Wilhelm II. jung ist und allgewaltsam, Fürst Bismarck aber machtentkleidet und alt. Wer aber dem Herrn v. Caprivi in schwierigen Dingen zu willen steht, namentlich, wenn es um das Opfer der früheren Überzeugung geschieht, der geht des Dankes nicht verlustig.

Eine andere Frage ist es, ob, nachdem die Reichstags-

mehrheit vor einer höheren Willensmaxime kapituliert hat, auch das Volk gewillt sei, auf seine Überzeugung zu verzichten und sich damit zufrieden zu geben, wenn im Reichstag nicht mehr individuell von den einzelnen Abgeordneten gedacht, geprüft und entschieden wird, sondern nach Kategorieen durch die Parteivorstände. Es scheint, nach der führenden Presse zu urteilen, als hätte die Reichstagsmehrheit vom 18. Dezember heute bereits die Empfindung, mit der Mehrheit des deutschen Volkes in unausgleichbaren Widerspruch geraten zu sein. Die deutschfreisinnigen Blätter geben sich größere Mühe, ihre Leserkreise zu trösten, als sie zu beglückwünschen; die Zentrumsblätter müssen stärker als bei anderen Anlässen die ewigen Interessen der Katholiken ins Feld führen, die bei der jetzigen Regierung mehr Verständnis begegneten, als bei jeder, die außer ihr möglich wäre: die Polen berufen sich darauf, daß ihre nationalen Wünsche Verständnis gefunden hätten, und die gesinnungstüchtige gouvernementale Tagespresse, die vor dem 18. Dezember mit allen möglichen und unmöglichen Gründen die zögernden Abgeordneten für „Annehmen" der Verträge schlüssig zu machen gesucht und sogar gefunden hatte, daß die für die deutsche Industrie erstrittenen Zugeständnisse erheblicher und wertvoller seien, als sie erwartet hatte, — dieselbe politische Presse hilft sich mit einem Radikalmittel und veröffentlicht nach dem 18. Dezember Blatt für Blatt Zuschriften aus allen wirtschaftlichen Gauen des Vaterlandes, in denen bewiesen wird, daß die Handelsverträge für uns gar nicht schlechter hätten' ausfallen

können, als sie ausgefallen sind, daß die Industrie insbesondere außerordentliche Schädigungen, aber keinen einzigen nennenswerten Vorteil erfahren habe. Mochte auch das Publikum bisher gewohnt gewesen sein, derartige Selbstverleugnungen innerhalb weniger Tage bei minder in sein wirtschaftliches Leben einschneidenden Dingen als die herkömmliche Wetterwendischkeit der politischen Blätter anzusehen und mit einer gewissen wohlwollenden Lustigkeit zu beurteilen, so zeigt sich doch bei dem vorliegenden Anlaß deutlich, daß in weitesten Kreisen diese Schwankung und Schwenkung in ihrem wahren Charakter, nämlich als politische Simonie, nach zwei verschiedenen Richtungen erkannt wird. Solange die Entscheidung ausstand, stopfte man sich im Reichstag wie in der politischen Parteipresse vor den Klagen der wirtschaftlichen Interessen das Wachs der politischen Rücksichten in die Ohren und trieb die Steuermänner der Reichstagsparteien zu beschleunigter Fahrt in den Hafen der Abstimmung, um sich die mannigfachen Vorteile des Wohlwollens einer so starken und ungehemmten Regierung zu sichern, wie es die gegenwärtige ist. Sobald aber die Verträge in Sicherheit waren, handelte man nach dem Rate Mephistos an Frau Marthe. Man ließ ein paar Anstandstage verstreichen und öffnete nun ohne jede Prüderie Herz, Ohr und Spalten den Klagen der geschädigten wirtschaftlichen Kreise, um sich die einflußreiche und kaufkräftige Kundschaft in den wirtschaftlichen Interessenkreisen und die Wählerschaften nicht zu entfremden. Nichts begreiflicher als das: von der Regierung allein kann eine große Zeitung

doch so wenig auf die Dauer leben, wie eine große Partei. So sehen wir denn Tag für Tag dieselben freikonservativen, nationalliberalen, ultramontanen Parteiblätter, die den Verträgen zur Annahme mitverholfen haben, nachdem das Unglück fertig ist, bei der Arbeit, um die Mißstimmung über die Verträge in immer weitere Kreise zu tragen. Nachdem der Nebel der zwingenden Notlage zerrissen ist, nachdem das Volk erkannt hat, daß keine andere Veranlassung für den Reichstag vorlag, die Verträge anzunehmen, als ein höherer Wille und die Furcht vor diesem, wird es auch der Reichstagsmehrheit allein die Verantwortung aufbürden. Diese, und nur sie, hat in der That die Verantwortung dafür zu tragen, und sich selbst es zuzuschreiben, daß das Volk aufhört, in seinem Reichstag den Hort seiner Einheit wie seiner Freiheit und Selbstbestimmung zu erkennen, daß es das Zutrauen verloren hat, absolutistische Gelüste jeder Art würden im deutschen Reichstage unzerbrechlichen Widerstand finden.

Ist so das Verhältnis der Reichstagsparteien zu den Wählerschaften infolge der Annahme der Verträge kühl und gespannt geworden, so wird sich die Stellung der Regierung zu den Parteien der Mehrheit vom 18. Dezember 1891 als eine unfreie und gebundene sehr bald ergeben, woraus schwere Verwickelungen schon in naher Zeit vorauszusehen sind. Entscheidend ist in diesem Falle das Zentrum, das die größten Opfer der Überzeugung gebracht und sich offen als Regierungspartei angekündigt hat.

Das Zentrum besitzt vor allen übrigen Parteien eine

Festigkeit bei seiner Wählerschaft, die den jeweiligen Führer zum unbeschränkten Beherrscher nicht nur der Partei, sondern oft genug der Reichstagsmehrheit macht. Das Zentrum kann zur Rechtfertigung noch so empfindsamer wirtschaftlichen und politischen Opfer, die es seinen Wählern auferlegt, auf höhere, weil überirdische Vorteile hinweisen, die es errungen oder doch angebahnt habe, und so sich für sein Verhalten in jeder politischen Frage Indemnität auf einem Gebiete sichern, zu welchem die übrigen Parteien keinen Zugang haben. Nur so war es möglich, daß innerhalb der Zentrumspfähle der Demokrat neben dem Reaktionär sich wohl fühlte, Zentralisten und Föderalisten zusammen hielten und gingen, schutzzöllnerische Agrarier und freihändlerische Doktrinäre sich die Hand reichten. Allein je weniger wirkliche, dem gemeinen Manne täglich empfindbar werdende katholisch-kirchliche Übelstände noch vorhanden sind — und im Grunde sind sie alle schon von Bismarck beseitigt worden —, um so mehr droht dem Zentrum die Gefahr, daß sein Verhalten in einzelnen Fällen nach den Gesichtspunkten des nichtkirchlichen Egoismus geprüft werde. Wenn selbst die Mallinkrodt und Schorlemer, Windthorst und Franckenstein diese Erwägung nie völlig außeracht ließen, so wird Herr v. Huene, zumal unter den jetzigen beruhigten Verhältnissen, Vorsicht üben müssen, wenn er nicht in den Verdacht des politischen Strebertums geraten will. Das Zentrum wird, mit andern Worten, die Gegenliebe der Regierung auf höheren Gebieten als in ein paar Personenfragen in Anspruch nehmen. Wie man die Gouvernemen-

talkonservativen durch die Ernennung politisch gefallener Größen, wie Puttkamer und Goßler, zu Oberpräsidenten dienstwillig zu machen beflissen war, so wird man jetzt die Minorität der Konservativen durch Auszeichnung des Herrn v. Helldorf und einiger Intimen desselben für die ihnen widerfahrene kleine Parteiacht entlohnen; ebenso werden sich die Deutschfreisinnigen und die allzeit genügsamen Nationalliberalen zufrieden geben, wenn einige der Ihrigen außer der Reihe auf gute Posten befördert oder ausgezeichnet werden; — das Zentrum dagegen wird weithin sichtbare und bleibende Leistung verlangen und zwar auf dem Gebiete der Gesetzgebung im Reich wie in Preußen. Wie die Polen auf dem Verwaltungs- und Sprachengebiet bereits ihre Ernte einfahren, so wird das Zentrum auf dem Schulgebiet und in der Ordensfrage seine Forderungen in kurzer Frist stellen und durchsetzen. In der Erregung und in den Kämpfen über diese Forderungen wird der letzte Rest von Begeisterung in den Herzen derjenigen schwinden, die bis dahin gewohnt waren in ihrer Liebe keine Teilung zu machen zwischen Fürsten und Vaterland. Dann wird zutage kommen, daß die Handelsverträge gleich dem Ministerium Caprivi ihr Dasein einzig und allein dem Haß gegen den Fürsten Bismarck und der Furcht vor dessen Rückkehr verdanken. Man nehme diesen Haß hinweg und diese Furcht, und man wird erkennen, daß das neue System in der Luft hängt und keinen andern Halt hat, als im Allerhöchsten Willen, der es vorzog, statt eines rauhen Genies, ein glattes Talent zum verantwortlichen Ratgeber zu haben.

Wer das Volk kennt und nicht aus gefälligen Zeitungsschilderungen seine politischen Anschauungen zu gewinnen angewiesen ist, der wird uns beipflichten, wenn wir sagen, daß niemals seit den Tagen der preußischen Verfassungskonflikte, ja selbst seit den Zeiten der heiligen Allianz die Summe der Vaterlandsbegeisterung im Deutschen Reiche so gering war, wie heute, wo wir das höchste Maß derselben dringender nötig hätten, als jedes andere Gut.

III.

Die wirtschaftlichen Folgen der neuen Vertragstarife lassen sich heute schon mit annähernder Sicherheit voraussagen, denn wir haben seit dem Jahre 1878 in Österreich-Ungarn wie in Deutschland zeitweilige Änderungen in den Tarifen eintreten gesehen und deren Wirkungen beobachtet. Wir können danach auch die Folgen der neuesten Tarifänderungen bemessen. Die interessierten wirtschaftenden Kreise der Bevölkerung haben sich bereits in zahlreichen Kundgebungen in dieser Hinsicht mit großer Bestimmtheit geäußert.

An erster Stelle kommt die deutsche Landwirtschaft in Betracht. Die landwirtschaftlichen Zölle sind ungefähr auf das Maß zurückgesetzt worden, mit dem sie im Jahre 1885 normiert waren. Nun besitzen wir genaue, von Freihändlern herrührende und benutzte Statistiken über die Wirkung jener Zollsätze. Während unter dem Zoll von 10 M. der Weizenpreis in Deutschland von 196 M. auf 173 herabgegangen war, sank er bei dem Zoll von 30 M. im

Jahre 1886 auf 157 M., und erst der Zoll von 50 M. im Jahre 1887 war imstande, ihn um ein geringes zu heben. Es folgt daraus, daß der Zoll von 30 M. und selbst etwas darüber lediglich die Wirkung eines Finanzzolles haben kann, und daß ein geringerer Zoll als 50 M. irgendwelche schützende Wirkung nicht zu üben vermag. In dieser Frage hat die Statistik dem Grafen Kanitz gegenüber dem jetzigen Reichskanzler zweifellos Recht gegeben. Der Vorkämpfer der österreichisch-ungarischen Interessen bei den eben abgeschlossenen Handelsverträgen, der Freihändler v. Matlekovits geht sogar noch weiter, als Graf Kanitz; er erklärt und macht es wahrscheinlich, daß selbst die deutschen Zölle des Jahres 1887 „eben ganz einfach Finanzzölle" gewesen sind. Daß die Sätze des neuen Tarifs eine schützende Wirkung nicht üben werden, steht sonach allermindestens fest. Die Folge wird sein, daß bei normalen und Durchschnittsernten der großen Getreideländer die Preise der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Produkte wieder auf den Stand der Jahre 1886 — 1887 herabgehen, das heißt den Betrieb der Landwirtschaft wieder unlohnend machen werden. Darüber giebt sich die deutsche Landwirtschaft gar keiner Täuschung hin, daß, sobald Rußland wieder eine gute Ernte macht, die Preise in Deutschland sofort auf die Tiefen des Jahres 1886 hinabgestoßen werden, welche Preise sie zur Verzweiflung brachten. Es ist sogar mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Preise innerhalb der nächsten zwölf Jahre noch erheblich unter jene Sätze hinabgehen werden. Denn die Anbau

flächen nehmen in den sämtlichen außerdeutschen Getreideländern noch stetig zu und in gleicher Weise auch die Verkehrsanlagen: Straßen, Eisenbahnen und Kanäle. Dem Fachmann konnte es nicht entgehen, daß Herr v. Caprivi bei seinem volkswirtschaftlichen Debut im Reichstag bessere Kenntnis der österreichisch-ungarischen Litteratur bewies, als der deutschen. Insbesondere scheint er die gedruckten Verhandlungen der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, sei es durch eigene Lektüre, sei es durch Vorträge seiner Räte zur Kenntnis genommen zu haben. Davon aber glaubte er dem deutschen Reichstag keine Wissenschaft geben zu sollen, daß von dieser Gesellschaft der schleunige Bau des Donau-Oderkanals aufs eifrigste und nicht ohne einige Aussicht angestrebt wird. Wie der bekannte österreichische Nationalökonom Dr. Alex. Peez in der Sitzung der erwähnten Gesellschaft vom 23. März 1891 ausgerechnet hat, wird nach Fertigstellung des Donau-Oderkanals die Fracht für 100 kg Weizen von Ofen-Pest nach Berlin 80 Pfg. betragen, gegenüber 3 M. 65 Pfg., auf welche Summe sie sich heute beläuft. Welche Perspektive sich allein in dieser einen verkehrspolitischen Frage für unsere Landwirtschaft aufthut, braucht nicht weiter erörtert zu werden.

Mit dem Sinken der Getreidepreise müssen auch die Viehpreise zurückgehen, und sie würden notwendig zurückgehen, selbst wenn die bestehenden Schranken gegenüber Österreich-Ungarn aufrecht blieben. Wie leichthin man überhaupt mit den landwirtschaftlichen Interessen umging, beweist die starke Herabsetzung des Haferzolls wegen ein-

gestandener militärfiskalischer Interessen und die gänzliche Beseitigung des Zolles auf Gerberlohe den ungarischen Waldbesitzern zu Gefallen. Heute schon ist der Wert der nach Deutschland eingehenden österreichisch-ungarischen Gerberlohe höher als der von Wein. Gleichwohl hebt man nun diesen Zoll auf! Im preußischen Abgeordnetenhause haben die Zentrumsabgeordneten die beweglichsten Reden und Klagen über die Schädigungen vorgebracht, denen die schwer darniederliegende Schälwaldwirtschaft durch das Rehwild ausgesetzt sei. Und im Reichstag sehen sie zu, wie dieselben Waldbesitzer des geringen Zollschutzes verlustig werden, der das Millionenfache jener Wildschäden ausmacht, ohne ein Wort zu finden zur Abwehr. So werden im heutigen Parteigetriebe die Volksinteressen wahrgenommen!

Wahrhaft verhängnisvoll sind die neuen Verträge für unsern Weinbau in Elsaß-Lothringen und der Pfalz, in Hessen und in Schwaben. Durch die neuen Trauben- und Weinzölle werden tausende der besten, dem Vaterlande nützlichsten wirtschaftlichen Existenzen zwischen Mosel und Bodensee dem italienischen Bündnisse zum Opfer geschlachtet.

Wo sollen nun für unsern Nationalwohlstand die Ausgleichungen der unabsehbaren Schädigungen, welche die Landwirtschaft erleidet, zu erblicken sein? Die Befürworter der Verträge haben sie auf industriellem Gebiete gesehen, und die „Kölnische Zeitung“ fand die unserer Industrie in den neuen Verträgen gewordenen Vorteile sogar „erheblicher und wertvoller“, als sie erwartet hatte; — sie mußte ver-

zweifelt wenig erwartet gehabt haben. Wir halten die Industrie selber für die zuverlässigere Beurteilerin ihrer Lage. Die erste gewichtige Stimme, welche aus industriellen Kreisen laut wurde, war die der Dortmunder Handelskammer, welche gerade denjenigen eisenindustriellen Bezirk vertritt, der vor allen anderen gewerblichen Kreisen durch die neuen Verträge bevorteilt sein sollte. Nun hat aber gerade diese zunächst beteiligte Dortmunder Handelskammer am 16. Dezember 1891 über die Handelsverträge das nachstehende Verdammungsurteil gefällt:

„Die Handelsverträge haben den hiesigen Industrieen, soweit sich sehen läßt, keine wirklichen Vorteile, wohl aber Nachteile gebracht, die um so schwerer ins Gewicht fallen dürften, als sie zwölf Jahre hindurch ohne Gegenwehr gegen uns ausgebeutet werden können. Wenn die Landwirtschaft ob der einschneidenden Benachteiligungen, die sie erfahren hat, lebhafter erregt ist, als die Industrie, so ist das sehr wohl zu erklären aus der augenfälligeren Art, mit der ihre Schutzzölle als Kompensationsobjekte bei den Verträgen benutzt worden sind. Aber wir stellen ausdrücklich fest, daß es nicht industrielle Interessen gewesen sind, für welche der Landwirtschaft diese Opfer angesonnen wurden."

Der große Düsseldorfer Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, der das nächstgroße und nächstbeteiligte industrielle Gebiet vertritt, hat am 22. Dezember 1891 einstimmig die neuen Verträge durch folgende Erklärung verurteilt:

„Der Verein, welcher niemals bestrebt gewesen ist, für die in ihm vertretene Industrie auf Kosten der Landwirtschaft irgendwelche Vorteile zu erlangen, hat zu den vom Reichstage bereits angenommenen Handelsverträgen erst heute Stellung nehmen können, weil er eine eingehende und sachliche Prüfung der in Betracht kommenden wichtigen Fragen im einzelnen für notwendig erachtete und eine solche innerhalb weniger Tage vorzunehmen sich nicht in der Lage hielt. Bezüglich der Verträge selbst stellt der Verein fest, daß durch dieselben, abgesehen von ihrer möglichen politischen Wirkung, nennenswerte Vorteile für die deutsche Industrie trotz der unserer Landwirtschaft auferlegten Opfer nicht nur nicht erreicht werden, sondern in einzelnen Fällen die Wettbewerbsfähigkeit dem Auslande gegenüber auf das entschiedenste erschwert werden wird, während der Import ausländischer Produkte in das deutsche Reich in mancher Beziehung eine wesentliche Erleichterung findet. Unter diesen Umständen erachtet der Verein es für unbedingt notwendig, daß die Reichsregierung an den Grundprinzipien des Schutzes der nationalen Arbeit um so mehr festhalte, als die Gegner dieses Schutzes bereits heute den Sieg des schrankenlosen Freihandels für die nächste Zukunft in Aussicht stellen zu dürfen glauben. Endlich spricht der Verein sein Bedauern darüber aus, daß die Industrie bezüglich der jetzt angenommenen Verträge nicht genügend befragt worden ist, und erwartet, daß die beteiligten Industrieen bei den ferner ab-

zuschließenden Verträgen eingehend gehört werden und ihnen insbesondere Gelegenheit gegeben wird, sich über etwaige, von Deutschland an andere Länder zu gewährende Zugeständnisse gutachtlich zu äußern."

Die Handelskammer von Aachen beklagt, daß durch die neuen Handelsverträge die Sohlleder- und die Kratzenindustrie aufs tiefste geschädigt, einige Zweige der Baumwollenindustrie (im Vertrag mit Belgien) ruiniert werden. Sie führt auch aus, daß die Freigabe der Einfuhr von Gerberlohe den Charakter eines Geschenkes ans Ausland habe. Die schlesischen industriellen Körperschaften stimmen mit den sächsischen und thüringischen überein in dem Urteil, daß die Eisenindustrie keine Vorteile errungen habe, die Textilindustrie aber und die Spielwarenindustrie in ihrem Bestande bedroht seien. Von dem schweizerischen Handelsvertrage besorgt ein großer Teil unserer west- und süddeutschen Textilindustrie die äußersten Gefahren. Daß aber der Reichstag, der die Handelsverträge mit den großen Reichen Mitteleuropas über Nacht zu Gesetzen erhoben hat, Skrupel zeigen werde, um die Verträge mit den kleineren Staaten, wie der Schweiz und demnächst Spanien anzunehmen, so wie sie ihm vorgelegt werden, ist nicht zu hoffen; eine große deutsche Zeitung trieb gegenüber dem schweizerischen Vertrage ihre interessierte Meinungslosigkeit so weit, zwei einander ausschließende Beurteilungen des schweizerischen Vertrages unter einer Überschrift zu veröffentlichen: eine, welche der Industrie das Wort redete, und eine, welche das Regierungsvorgehen rechtfertigte.

Es ist also leider nicht wahr, sondern das Gegenteil der Wahrheit, daß unsere Industrie für die Opfer, die der Landwirtschaft auferlegt worden sind, entschädigt worden sei. Die deutsche Industrie wird insbesondere gegenüber der österreichischen, wie seit 1878 so auch ferner, zurückgeben. Der obengenannte Dr. Peez hatte in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte zeitig darauf hingewiesen, daß die Industrie aller Zweige in Österreich seit 1878 wesentlich auf Grund des Zolltarifs über 1200 Fabriken neu errichtet und vergrößert habe, die es in den neuen Verträgen zu schützen gelte. Herr v. Caprivi spielte im Reichstage auf diese Thatsache an. Wir wissen heute, daß es Österreich vollauf gelungen ist, seine 1200 neuen Fabriken samt den alten in den Verträgen zu schützen, daß aber zahlreiche deutsche Fabriken den Untergang besorgen, während die deutsche Landwirtschaft nach zwei Jahren guter Erträgnisse sich wieder in das Elend der mittleren achtziger Jahre zurückgestoßen sieht und insbesondere zahlreiche Vermögen, die im letzten Jahrzehnt in die Anlage von Früh-Rotweinbergen gesteckt wurden, so gut wie verloren sind.

Alle diese geschilderten Schädigungen sollen nun, so heißt es von oben herab, von den Betroffenen geduldig getragen werden mit Rücksicht auf das große Ganze, das durch die neuen Verträge gewinne. Als ob es jemals dem Ganzen gefrommt hätte, wenn man dessen Glieder eins nach dem andern unters Rad nahm! Wer einmal begriffen hat, daß die wirtschaftenden Kräfte einer Nation einen Organismus bilden, dessen einzelne Glieder einander

unmittelbar beeinflussen, der wird sich nicht überzeugen lassen, daß es dem Gesamtorganismus wohlthun könne, wenn man seine wichtigsten Organe dem Siechtum überantwortet.

Da mit Ausnahme ganz vereinzelter industrieller Zweige (wie Luxuslederindustrie) kein einziger größerer Produktionskreis namhaft gemacht werden konnte, der Vorteile durch die neuen Handelsverträge errungen hätte, so bleibt nur noch die eine Seite der günstigen Auffassung der Verträge übrig, daß die Handelschaft und die große Arbeiterbevölkerung Vorteile von der Neuerung einheimsen würden. Diese Seite der Frage haben wir demnach zu prüfen.

Es ist eine weitverbreitete Meinung, daß der Handel um so besser fahre, von je mehr Seiten ihm Angebot von Waren zustieße. Diese Meinung dürfte gleichwohl nur in sehr beschränktem Maße zutreffen. Das konkurrierende Angebot nötigt die einzelnen Produzenten, um den Auftrag zu erhalten, sich mit dem bescheidensten Gewinne zu begnügen. Je kleiner aber der Nutzen ist, der auf einem Fabrikat überhaupt ruht, mit um so kleinerer Quote dieses Nutzens wird sich schließlich der Händler begnügen müssen; denn so wie bei ihm ein Fabrikant den andern drückt, so drückt bei der für den eigenen Bedarf kaufenden Kundschaft des vermehrten Angebots wegen ein Händler den andern. Auch der Handel gewinnt im allgemeinen mehr, wenn der Produzent mehr gewinnt. Entscheidend aber ist schließlich für beide die Kaufkraft des Publikums. Daß diese aber unter dem handelspolitischen Regime der nächsten zwölf Jahre

stetig zurückgehen werde, wird man kaum bezweifeln wollen. Wenn nun die deutsche Industrie heute schon bei verhältnismäßig guter Kaufkraft namentlich der ausschlaggebenden Landwirtschaft und der größeren Gewerbszweige unter beginnender Überproduktion zu leiden hatte, so ist ohne weiteres zu erkennen, welche Zustände eintreten werden, wenn bei plötzlich wieder eintretender Unrentabilität der Landwirtschaft zugleich unserer Industrie breite und gewohnte Absatzwege ins Ausland verschlossen werden, während die ausländische Industrie noch in höherem Maße als bisher bei uns Eingang findet. Niemals hat die Kaufmannschaft in ihrer Gesamtheit sich wohl befunden, wenn der nationale Wohlstand empfindlich zurückging. Die Kaufleute, die in solchen Zeiten Vermögen sammeln, verdienen eher die Bezeichnung von Industriewucherern, als von Handelsherren. Und so wird es auch in der anbrechenden Zukunft sein: der deutsche Handelsstand wird die Schläge, welche Landwirtschaft und Industrie erleiden, mitempfinden und gut thun, beizeiten sich auf karge Kost einzurichten.

Bleibt schließlich die große Masse der Arbeiterbevölkerung Sie war ja in aller Munde, als es galt, die neuen Verträge durchzudrücken. Von der Regierung bis zu den Sozialdemokraten klang es, daß mit Rücksicht auf die breite Masse des Volkes die Getreidezölle „auf ein erträgliches Maß" zurückgebracht werden müßten. Daß gerade die sozialdemokratischen Abgeordneten mit mehr Pathos als Überzeugung sprachen, war ganz unverkennbar und ist auch nur zu verständlich. Die breite Masse der Arbeiterbevölke-

rung wird sehr bald inne werden, daß die Industrie durch die neuen Verträge mit Ruten geschlagen wird, sie selbst aber mit Geißeln. Sämtliche Tagelöhne wie Accordlöhne sind seit den Tagen des Freihandels und selbst seit den ersten achtziger Jahren derart gestiegen, daß sie im Durchschnitt für jede Arbeiterfamilie fürs Jahr 300—450 M. mehr betragen; für die Woche also 6—9 M. mehr. Wenn man annimmt, daß wirklich die Lebensmittel um den vollen Betrag des Zolles teurer sind, als sie sonst zur selben Zeit sein würden, so wird dieselbe Arbeiterfamilie vom 1. Februar 1892 ab jährlich 8 M. weniger für Brot und etwa ebenso viel weniger für Fleisch ausgeben, als sie ausgeben würde, wenn die jetzigen Zölle noch bestänben; — nicht etwa, als sie diesen Sommer überhaupt ausgegeben hat, denn die Teuerung dieses Jahres hatte wesentlich andere Ursachen, als die Zölle.

Die Arbeiterfamilie wird also vom 1. Februar ab wöchentlich 30—35 Pfg. weniger für Lebensmittel auszugeben haben, als sie ausgeben müßte, wenn wir die jetzigen Zölle noch hätten. Wie wird sich aber für die Zukunft das wöchentliche Einkommen einer solchen Arbeiterfamilie stellen? Wird ein Formgießer, wird ein Kesselschmied, ein Grubenhauer auch künftig 24, 27, 30 M. wöchentlich verdienen, wie bisher? Niemand wird das glauben. In demselben Maße, wie einzelne Industrieen notleidend werden, werden die dort entlassenen Arbeiter den anderen Industrieen zuströmen und die Löhne herabdrücken. Je mehr Industriezweige aber in Mitleidenschaft kommen, um so mehr Ar-

beiter werden vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie es vorziehen, gekündigt oder im Lohn gekürzt zu werden. Gleichzeitig werden bei fortschreitendem Niedergang der Landwirtschaft beschäftigungslos gewordene und allzu karg bezahlte Bauernknechte den großen Industriezentren zuströmen und das Maß des Lohnelends voll machen. Dann werden wir zwar wieder die Brot- und Fleischpreise der Freihandelszeit haben, aber auch die Freihandelsarbeitslöhne, und die Arbeiterfamilie, die wöchentlich für ihre Ernährung 50 Pfg. weniger ausgiebt, wird zum Entgelt dafür 5 M. weniger Lohn einnehmen. Das wird der Nutzen sein, den die große Masse der Arbeiterbevölkerung aus den neuen Handelsverträgen ziehen wird.

Der Vollständigkeit halber müssen wir uns noch mit einer vom Reichskanzler mehr angedeuteten, als klargelegten Erwägung weltwirtschaftlicher Natur befassen, die für die neuen Verträge ins Feld geführt wurde. Diese Erwägung ging dahin, daß gegenüber dem wirtschaftlichen Abschluß Frankreichs, Rußlands und Panamerikas es nationalökonomisch von höchster Bedeutung sei, ein Wirtschaftsgebiet zusammenzustellen, das in sich stark und groß genug wäre, die notwendigsten gegenseitigen Bedürfnisse sowohl des Verzehrs wie des Schaffens, der Konsumtion wie der Produktion zu befriedigen und zu erfüllen.

Es giebt für alle Wissenschaften nichts Verhängnisvolleres, als wenn talentvolle Laien, sei es aus Liebhaberei, sei es aus Interesse, sich die Allgemeinheiten und die Kunstausdrücke des Faches aneignen, und dann sofort ohne jede

tiefere Sachkunde sich als zur Zunft gehörig geberden. Auch die Nationalökonomie ist eine Wissenschaft, und eine schwierige obendrein. Wer wollte verkennen, daß Nordamerika mit Erfolg bemüht ist, auf Kosten Europas sich den Absatz seiner Produkte in den südamerikanischen Staaten zu sichern? Diese Thatsache ist so offenkundig, wie die andere, daß Frankreich und Rußland überzeugt sind, ihren Nationalwohlstand durch ein breitentwickeltes und in den einzelnen wirtschaftlichen Zweigen möglichst ausgeglichenes Hochschutzzollsystem am sichersten zu erhalten und zu kräftigen. Der Panamerikanismus besteht, und Herr v. Caprivi war berechtigt, auf die Gefahren hinzuweisen, die er dem wirtschaftenden Europa androht.

Allein nicht zur Annahme, sondern zur Ablehnung der Handelsverträge hätte gerade der Panamerikanismus den deutschen Reichstag bestimmen müssen. Durch die neuen Tarifverträge, welche Deutschland abgeschlossen hat und abzuschließen begriffen ist, wird dem Panamerikanismus in Europa nicht der allermindeste Schaden, noch irgendein Hemmnis bereitet, wohl aber wird die schwerste Last, welche derselbe Europa bis jetzt auferlegt hat, von den direkt betroffenen Staaten auf Deutschland abgeladen.

Man hat es nämlich für geraten gefunden, den Panamerikanismus nicht mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen, sondern durch freiwillige Opfer zur Milde zu bestimmen. Wenn Nordamerika darauf bestanden hätte, den europäischen Zucker von seinem Gebiete auszuschließen, so wäre die deutsche Zuckerindustrie genötigt gewesen,

namentlich der österreichischen, der sie zur Zeit noch beherrschend gegenübersteht, auf den übrigen Märkten die schärfste Konkurrenz zu bieten. Deutschland hat, um nicht nur seiner eigenen, sondern auch der österreichisch-ungarischen Zuckerindustrie das amerikanische Absatzgebiet offen zu halten, das schwere Opfer auf sich allein genommen: es hat dem amerikanischen Schweinefleisch seine Grenzen wieder geöffnet. Österreich-Ungarn bezieht kein amerikanisches Schweinefleisch. Hier ist es sonach Deutschland allein, welches die Opfer trägt, mit denen das Wohlwollen Nordamerikas erkauft wurde. Die geringen Preisrückgänge, die sich die ungarische Schweine-Einfuhr nach Deutschland wird gefallen lassen müssen, werden reichlich aufgewogen und sogar überboten durch die Reduktion aller Viehzölle im neuen deutschen Vertragstarif.

Die einzige positive Schädigung, welche der Panamerikanismus im eigentlichen Sinn — das heißt, die Bevorzugung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den südamerikanischen Staaten — Europa bis jetzt gebracht hat, besteht in der Ausschließung der österreichisch-ungarischen Mühlenfabrikate aus den La-Plata-Staaten zugunsten der nordamerikanischen. Schon im Sommer 1891 wurde in der österreichisch-ungarischen volkswirtschaftlichen Fachpresse auf diese Bedrohung des ungarischen Mehlexports nach Südamerika hingewiesen und die Notwendigkeit betont, für den unabwendbaren Ausfall Ersatz zu suchen durch Erleichterung des Absatzes nach dem deutschen Zollgebiet, durch Erzielung niedrigerer deutscher Zollsätze. Österreich-Ungarn hat dies

Ziel vollkommen erreicht. Den Ausfall, den seinem Mehlexport nach Südamerika der Panamerikanismus bereitet hat, den hat Deutschland durch Herabsetzung seiner Mehlzölle zu so vielem andern auch noch gefällig auf seine Schultern genommen. Es ist das Unglück, daß diese Schultern zwar einen beispiellos gutwilligen Kopf tragen, aber doch nicht breit genug sind, um bei allerbestem Willen diese Lasten auf die Dauer auszuhalten.

IV.

Was für ein Ausblick in die Zukunft thut sich sonach vor der deutschen Nation auf?

Die Antwort auf diese Frage haben wir in den wichtigsten Einzelheiten bereits gegeben. Wir wollen das Gesagte in einer kurzen Schlußbetrachtung zusammenfassen.

Der Wohlstand der Nation wird herabgehen, ihre Steuerkraft wird gemindert, ihr Kredit wird geschwächt werden. Zur selben Zeit, wo die Reichseinnahmen sinken werden und der Kurs der Anlehen zurückgeht, wird auch die direkte Steuer in den Einzelstaaten unter das Maß der jetzigen Summen abfallen. Das wird zur Folge haben, daß eine Verminderung in den Reichs- und Staatsausgaben eintritt, die um so bedeutender wird sein müssen, als bei den auf Reichszuschüsse angewiesenen Einzelstaaten allein die durch die neueste Wirtschaftspolitik geschädigten Erwerbszweige sich zu erholen angewiesen sein werden. Namentlich wird im preußischen Landtag mit aller Entschiedenheit darauf gedrungen werden müssen, daß die so oft versprochene Überweisung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer an die Kommunalverbände unverzüglich vorgenommen werde.

Sollte es glücken, auf diese Weise einige Milderung

in dem Umschlag unseres Wirtschaftslebens hervorzubringen, so wird doch der stetige Zurückgang und mit ihm die steigende Unzufriedenheit nicht aufzuhalten sein. Letztere wird um so nachteiliger am Staatsganzen empfunden werden, als sie von der Erkenntnis genährt sein wird, daß ihre Ursachen wären hintangehalten worden, wenn die berufene Vertretung des deutschen Volkes im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit in einer solchen Existenzfrage für die Nation letzterer die Entscheidung zurückgegeben hätte, statt einen von ihr in der überwiegenden Mehrheit beifällig und hoffnungsvoll begrüßten früheren Entscheid zu widerrufen. Wie der einzelne Abgeordnete für diesen Widerruf die Verantwortlichkeit auf die Partei ablud, die doch nur aus den einzelnen Mitgliedern besteht, so entschuldigten die Parteien in der von ihnen beeinflußten Presse ihr Verhalten mit der Notwendigkeit, sich nicht von den Gegnern in der Regierungsfreundlichkeit überflügeln und in die Minorität drängen zu lassen. Die Mehrheit des Reichstags schließlich schob die Verantwortung auf eine in Wahrheit nicht vorhandene Zwangslage und auf die Regierung, welche diese letztere geschaffen habe. Die Regierung aber fand die Gefügigkeit des Reichstags, weil sie selber in ihren sämtlichen Gliedern bekannte, daß der blinde Gehorsam gegenüber dem nächsthöheren Willen Voraussetzung und Grundbedingung, aber auch Gewähr des Amtsverbleibs sei.

So ist die deutsche Reichsverfassung im zwanzigsten Jahre ihres Bestandes gehandhabt worden.

Während Deutschlands Wohlstand in den nächsten zwölf

Jahren zuversichtlich sinken wird, sowohl absolut wie ganz besonders im Vergleich zu den übrigen großen Ländern, werden gerade die beiden mächtigen Staaten, welche dereinst unsere Feinde auf den Schlachtfeldern sein werden, durch eine der unsrigen entgegengesetzte Wirtschaftspolitik finanziell befähigt sein, ihre Kriegsrüstung in demselben Maße auszudehnen, als wir die unsrige notgedrungen werden einschränken müssen. Ob unsere Verbündeten imstande und willens sein werden, das so entstehende Mißverhältnis wett zu machen, steht dahin. Unser Vertrauen, daß dem so sein werde, ist kein unbedingtes.

Das deutsche Volk hat von jeher seit den Tagen der Völkerwanderung das Mißgeschick gehabt, daß es im Erkämpfen großer nationaler, ethischer, wirtschaftlicher Grundsätze sein Herzblut einsetzte und bald nach errungenem Siege die teuer erkauften Güter wegwarf, als hätten sie keinen Wert oder seien ihm lästig. Wie viel patriotischer Idealismus in den besten Schichten des deutschen Volkes ist nicht getötet worden, als Fürst Bismarck den Kampf gegen die Übergriffe und die Angriffe des römischen Ultramontanismus aufgab; nach seiner Meinung — wie wir nicht verschweigen — aufgeben mußte, weil dieser Kampf noch Jahrzehnte gedauert hätte, die wirtschaftliche Notlage des deutschen Volkes aber einen Umschwung der Verkehrs- und Handelspolitik sofort nötig machte, der ohne Waffenstillstand mit Rom nicht zu erreichen war.

Und nun galt es, die Aufgabe zu vollziehen, das deutsche Volk aus dem Doktrinarismus einer Wirtschafts-

lehre zu befreien, die aller Welt, nur ihm nicht, zum Heile gereichte, und eine nationale Wirtschaftspolitik an die Stelle zu setzen. War über den Waffenstillstandsverhandlungen mit der römischen Kirche mancher beredte Apostel der Vaterlandsbegeisterung still geworden, so ging im Kampfe gegen den Freihandel ein nicht geringeres Teil von nationaler Schaffensfreudigkeit verloren. Dafür wurde aber auch neue freudige Liebe rege, zumal sich zeigte, daß mit Rom wirklich nur Waffenstillstand, kein Unterwerfungsvertrag geschlossen worden war. Nach zehnjährigem Kampfe war der vollständige Sieg der nationalen Wirtschaftspolitik entschieden und die Nation hoffte in ihrer überwältigenden Mehrheit, sich endlich auf diesem Gebiete des Friedens erfreuen und sich auf dauernde Zustände einrichten zu können. Kaum aber, daß Kaiser Wilhelm I. die Augen geschlossen, kaum daß Fürst Bismarck aus dem Amte vertrieben war, wurde das Errungene ohne jede Nötigung preisgegeben, ohne daß man die Nation auch nur darum befragt hätte, ob ihr denn 1891 wirklich schon leid sei, was sie 1887 mit überwältigender Mehrheit gewollt hatte.

Und dieselbe ultramontane Partei, die 1879, 1885 und 1887 ihre Rechnung darin gefunden hatte, die neue Wirtschaftspolitik aufbauen zu helfen, erachtete es für einen vorteilhaften Handel, 1891 einstimmig den ersten Abbruch an derselben gutzuheißen und recht eigentlich vorzunehmen. Noch merkwürdiger und verwirrender aber ist es, daß von der geborenen und geschworenen Gegnerschaft des Zentrums,

den Nationalliberalen, nur fünf Charaktere — allerdings wiegen sie mehr als ein Schock des heutigen Durchschnitts — sich stark fanden, diese Felonie zu brandmarken und ihr den Rücken zu kehren.

Es gehört die ganze Unverwüstlichkeit des deutschen nationalen Idealismus dazu, daß sich unter solchen Wandlungen überhaupt noch ein Rest von Vertrauen, nicht in die Marionetten der heutigen konstitutionellen Gewalten, sondern in die Zukunft unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen erhalten hat. An diesem Rest wird es sein, die ätzende und heilende Säure in die Eiterwunden unseres öffentlichen Lebens zu spritzen und die Selbstsucht der Parteien, wie die Profitgier ihrer dienstwilligen Organe daran zu erinnern, daß sie alle, bis hinauf zu den höchsten Würdenträgern, Diener, und nicht Kostgänger des Volkswohls sind.

Je eher und je unumwundener das geschieht, um so besser; denn ein weiteres Herabsinken der Autorität des deutschen Reichstages müßte verhängnisvoll werden, und aus sich heraus sein zerrüttetes Ansehen wiederherzustellen, ist der jetzt tagende Reichstag nimmermehr imstande.

So treiben wir denn wirtschaftlich und politisch in die Verarmung und in die Entsagung gerade zu Beginn und für die Dauer desjenigen Jahrzehnts, binnen welchem nach menschlicher Voraussicht wir hinausziehen müssen, um auf tartarischen und welschen Blachfeldern unsere nationalen Hütten zu verteidigen. Wir trösten uns mit der Erwägung, daß wir noch immer dann unsere Siege erfochten haben, wenn wir Jahrzehnte lang vorher auf karge Haus-

mannskost gesetzt gewesen waren; und daß wir es erst noch lernen müssen, auf längere Zeit hinaus reich und zugleich gesund und zufrieden zu sein. Die sich blutrot ankündigende Morgenröte des zwanzigsten Jahrhunderts wird schließlich doch deutsche Siege bestrahlen; Gott wird auch in jenen schwersten Tagen mit uns sein, nicht um der Großen unter uns und der Mächtigen willen, sondern wegen der Armen und Geringen. Er hat sich im Laufe der Jahrtausende von manchem Volk und manchem Fürsten abgewandt; aber das deutsche Volk hat er noch niemals in der Gefahr verlassen; — Gott mit uns!

Druck von G. A. Brobmann in Erfurt.

37353
HG
B7395n
Author Borussen (pseud.)
Title Die nächste Zukunft der deutschen Nation.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED